

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich . . . K 18.— vierteljährlich . . . 48.— halbjährig . . . 96.— ganzjährig . . . 192.—

Ausstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Samstag, 28. April 1923.

Nr. 98.

Wie es gemacht wird.

Der unterfertigte Klub verweist insbesondere auf die Tätigkeit des Berufsführers Müller (in Götting), welcher ein Deutscher ist und Führer der Bolschewiken und sich danach auch benimmt. Wir ersuchen höflichst, es möge veranlaßt werden, daß der Obgenannte in einen tschechischen Ort versetzt werde, wo er seine bisherige Tätigkeit nicht fortsetzen kann. Das ist ein Auszug aus einem Schreiben, das der Klub der Abgeordneten der tschechischen Agrarpartei an die Direktion der tschechoslowakischen Tabakregie richtete.

„Müller ist deutscher Nationalität, beherrscht aber vollkommen die tschechische Sprache. Er ist ein Führer der kommunistischen Partei, doch ist er ein sehr guter Arbeiter. Infolgedessen wird er vor der Zentraldirektion in die Rißer Tabakfabrik versetzt, in welcher Umgebung er seine bisherigen Tätigkeit nicht wird fortsetzen können. Von dieser Versetzung wird der obgenannte Klub verständigt, welcher usw.“

Es bedarf nichts als dieser beiden Schriftstücke, um die Sache als einen himmelsstreichenden Skandal zu erkennen. Zur Zeit, als der Senat in allen Venedig eine wahre Schreckensherrschaft errichtet hatte, genügte eine anonyme Anzeige, in das am Dogenpalast angebrachte erzene Löwenmaul geworfen, daß der also Denunzierte verhaftet und einem hochnotpeinlichen Gerichtsverfahren unterzogen wurde, das ihn mit größter Gewisheit in die Verliche oder Bleitanmern des Dogenpalastes brachte. Heute genügt ein Schreiben eines Abgeordnetenklubs der Koalitionsparteien, um die angeblich unabhängige und unparteiische Verwaltung zu bewegen, den Angekludigten sofort gemäß den Wünschen der Anzeige zu bestrafen, wobei, wie dieser Fall beweist, es noch fraglich ist, ob das Verfahren des einseitigen peinlichen Halsgerichtes von Venedig nicht umständlicher und gründlicher war, als das hierzulande eingeschlagene Verfahren. Einem Abgeordnetenklub der Mehrheit, der gewiß wieder von einer einzelnen Abgeordneten unterrichtet wurde, beliebt es, die Beilegung eines Beamten zu verlangen: Bitte sehr, bitte gleich, antwortet die vorgesetzte Behörde — in diesem Falle die Direktion der Tabakregie — und schon ist der betreffende Beamte gemahregelt. Und mit welcher Schnelligkeit dies geschieht! Am 19. März l. J. ging der Brief des Herrn Ministers a. D. Staniek ab und schon am 27. März ist die Zentraldirektion in der Lage, dem Klub mitzuteilen, daß seinen Wünschen pünktlich entsprochen wurde! Der Bürokratismus, der sich sonst als alter lahmer Antischimmel repräsentiert und der oft viele Monate zur Erledigung einer Eingabe benötigt, zeigt in diesem Falle jugendfrische Kräfte und galoppiert munter wie ein junges Füllen. Die asthmaische Währe ist gar nicht wiederzuerkennen! Dabei genügt es, daß die Anzeige ganz allgemein gehalten ist, es brauchen ihr keinerlei Beweise beizulegen: die bloße Beschuldigung und der Wunsch irgend eines Koalitionsabgeordneten, der sich hinter seinen Klub versteckt, genügen vollkommen, um die Bestrafung und Schädigung des Beamten herbeizuführen. Für den Inhalt der Beschuldigung ist es hinreichend, daß es um einen — Deutschen geht und wenn dieser dann noch als „Führer der Bolschewiken“ hingestellt wird, ist das Urteil über ihn auch schon gefällt. So sieht die Freiheit der politischen Betätigung der Staatsangestellten in dieser demokratischen Republik aus, wobei als besondere Bizarrerie zu erwähnen ist, daß dem Parteiklub, der gewissenlos und schamlos die schwere Schädigung eines Staatsangestellten bewirkt, der — gegenwärtige Minister des Innern, Herr Malypeter, angehört!

Bankenstandal und sein Ende.

Abg. Kubicek schiebt die Schuld auf andere. Der Hofolgeneral Scheiner schwer kompromittiert. Die klägliche Rolle des Finanzministers: seine Stellung schwer erschüttert.

Das Gesuch um Auslieferung des Abg. Kubicek zwecks Strafverfolgung an das Prager Landesgericht gab gestern im Abgeordnetenhaus Anlaß zu einer neuerlichen Debatte über den Bankenstandal, der schier kein Ende nehmen will. Abg. Kubicek, dessen Auslieferung vom Hause einstimmig genehmigt wurde, verteidigte sich vor allem damit, daß er die Schuld auf andere abwälzte. Wenn er auch keinen Namen nannte, weiß man doch sehr wohl, wen er meint. Vor allem ist es der sich in ein berebtes Schweigen hüllende Obmann der tschechischen Sozialgemeinde, Dr. Scheiner, der offenkundig beschuldigt wird. Herr Dr. Scheiner, der bei allen patriotischen Anlässen und auch, wenn es solche nicht gibt, Aufrufe an „sein“ Volk erläßt, schweigt zu allen gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, obwohl er gerade jetzt Gelegenheit hätte, sehr viel zu reden. Der gegen Dr. Scheiner erhobene Vorwurf, er habe das Ergebnis der vom Finanzministerium angeordneten Revision für sich behalten, ist trotz aller Reinwaschungsversuche des Finanzministers Beckla noch immer nicht geklärt. Der gewesene Präsident der Bohemia-Bank hält nämlich die Behauptung, daß Dr. Scheiner das Revisionsergebnis für sich behalten habe, aufrecht. Welche Motive Dr. Scheiner zu diesem Vorgehen bewegten, kann man sich leicht denken, da ja Dr. Scheiner, der Verwaltungsratsstellenjammler, bald nach Bekanntwerden des Revisionsergebnisses die „Bohemia“-Bank geradezu stuchartig verließ, um sich aus der für ihn unangenehm gewordenen Sache herauszuziehen und sein Schäfchen ins Trockene zu bringen.

Das Haus genehmigte einstimmig die Auslieferung des Dr. Kubicek, weil ja ganz klar ist, daß auch er einer der Schuldigen ist, wenn auch nicht der alleinige.

Der geradezu kläglichen Rolle, die bei der ganzen Affäre der Finanzminister spielt, sind sich sogar auch die Koalitionsparteien bewußt; wenn auch die Gerüchte, die von einer Demission Becklas wissen wollen, etwas verfrüht sein dürften, so ist doch klar, daß die Bankendebatten im Parlamente seine Stellung schwer erschüttert haben.

Aber die erschreckende Frivolität, mit der in diesem unpolitischen Falle ein Beamter aus politischen und nationalen Gründen gemahregelt wird, wird erst völlig klar, wenn man erfährt, wer der Berufsführer Müller in Wirklichkeit ist und daß er einer Gefinnung geziehen wird, die er gar nicht hat! Natürlich dürfte auch seine etwaige Eigenschaft, ein „Führer der Bolschewiken“ zu sein, keinen Anlaß bieten, ihn für seine Gefinnung und Betätigung zu bestrafen, aber die Steigerung der Brutalität liegt in diesem Falle darin, daß die Beschuldigung auch noch falsch ist, da der Gemahregelte niemals „Bolschewik“ war, geschweige denn ein Führer von ihnen! Müller ist deutscher Sozialdemokrat, sein Namen stand bei den Gemeinbewahlen auf der Liste unserer Partei an erster Stelle, und ist Mitglied des Göttinger Gemeinderates. Er ist ein gelehrter, ruhiger Mann, der in den politischen Kämpfen nie stark hervortrat, hat dreißig Dienstjahre in der Göttinger Tabakfabrik zur größten Zufriedenheit der Vorgesetzten gearbeitet und erfreut sich allgemeiner Achtung. Die Zentraldirektion der Tabakregie bestätigt selbst, daß Müller ein „sehr guter Arbeiter“ sei, er beherrscht vollkommen die tschechische Sprache, aber was bedeutet das alles gegenüber dem Willen des Herrn Abgeordneten Staniek oder eines anderen der Re-

205. Sitzung. Präsident Tomasek eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 10 Minuten nachmittags und verliest eine Zuschrift des Klubs der tschechischsozialdemokratischen Abgeordneten, wonach der Abg. Modraček als Hospitant diesem Klub beigetreten ist.

Den ersten Gegenstand der Verhandlung bildet der Bericht des Immunitätsausschusses über das Gesuch des Landesstaatsgerichtes in Prag um Auslieferung des Abg. Dr. Josef Kubicek.

Der Berichterstatter des Immunitätsausschusses Abg. Mach führt an, daß der Ausschuss beschlossen hat, dem Abgeordnetenhaus die Auslieferung zu empfehlen, weil der Abg. Dr. Kubicek selbst durch eine Zuschrift an das Präsidium des Immunitätsausschusses diesen um eine glatte Erledigung des Auslieferungsgesuches gebeten habe. Es liege ihm daran, daß seine Sache im Wege des ordentlichen Gerichtsverfahrens objektiv erledigt werde.

Kubiceks Verteidigungsrede.

Abg. Dr. Kubicek befaßt sich mit der Erklärung des Finanzministers und teilt mit, daß der Bericht des Finanzministeriums mit dem Revisionsbericht in Widerspruch stehe. Im Revisionsbericht wird erklärt, die Revision in der Bohemia-Bank sei durchgeführt worden, weil seinerzeit beunruhigende Gerüchte verbreitet waren, nach denen die „Bohemia“-Bank große Verluste erlitten hätte.

Redner erklärt, daß Bilanzen ähnliche Eigenschaften hätten, wie eine Harmonika, auf der man falsch und richtig spielen könne, und daß das Parlament und das Finanzministerium auf der Bilanz der Bank „Bohemia“ falsch spielen. In der Bilanz wird erklärt, daß die Bank 21 Millionen Reingewinn habe, in welchen Betrag auch der Reingewinn eingerechnet ist, was bedeutet, daß der Gewinn tatsächlich um 6 Millionen niedriger sei, daß er also 15 Millionen betrage. Was die Verluste anbetrifft, so beziffert diese der Revisionsbericht des Finanzministeriums mit 41 Millionen. Der Herr Finanzminister hat von dem sich zeigenden Defizit, welches tatsächlich 25,5 Millionen Kronen betrug, die öffentlichen Reserven im Betrag von 10 Millionen Kronen abgerechnet. Er sprach weiter von irgendwelchen geheimen Reserven, vergaß aber zu sagen, daß im Revisionsbericht selbst erklärt wird, daß die Verluste 41 Millionen Kronen, außer den aus zweifelhaften Posten sich ergebenden Defizite von 22.204.000 Kronen betragen, nicht zu reden von den Immunitätsposten, von denen gesagt wird, daß sie in

gerungstreuen, daß Müller verjetzt werde! Nicht unerwähnt bleibe, daß auch das Finanzministerium von der Sache Kenntnis hatte und, anstatt das Ansehen des Klubs der tschechischen Agrarpartei mit Entrüstung zurückzuweisen, die Maßregelung des Angekludeten blindlings gutheißt!

Man könnte vielleicht anführen, es handle sich um einen einzelnen Mißgriff, aber die Fertigkeit, mit der Herr Staniek die Entsehung des Angestellten verlangte und die Behendigkeit, mit der die vorgesetzte Direktion dem Verlangen nachkam, läßt auf eine Praxis schließen, der zweifellos ein System zugrundeliegt. Wieviel ähnlicher Fälle von Gefinnungsriecherei mögen sich ereignen, ohne daß die Öffentlichkeit davon erfährt, da nicht so wie hier ein Zufall die Akten an die Oberfläche befördert! Wenn das Finanzministerium einen Funken von Gerechtigkeitsgefühl besitzt, wird es die Maßregelung des betreffenden Angestellten zurücknehmen, die von unserer Partei zu seiner Kenntnis gebracht wurde und die auch den Gegenstand einer gestern im Abgeordnetenhaus von den Kommunisten eingebrachten Interpellation bildete. Auch nach Gutmachung dieses einen skandalösen Falles bleibt an Erschütterung in die Unparteilichkeit der Verwaltung noch genug zurück!

der Höhe von 24 Millionen Kronen sofort liquidiert werden sollen. Tatsache ist, daß bei einer ordentlichen Bilanzbuchhaltung in den Gewinn nicht Posten eventuellen Reingewinnes eingerechnet werden dürften und daß der Gewinn in der richtigen Höhe von 15 Millionen Kronen ausgewiesen hätte werden müssen, genau so, wie bei den Verlusten auch mit den eventuellen, aus den zweifelhaften und immobilien Posten sich ergebenden Defiziten, gerechnet werden müßte.

Der Redner erklärt, daß er dafür sorgen werde, daß jedes Mitglied der Nationalversammlung eine gedruckte Bilanz erhält, aus der hervorgehen werde, daß der Finanzminister nicht die volle Wahrheit gesagt habe.

Der Finanzminister hatte alles sagen sollen und hätte nicht nur mit Ziffern operieren sollen, die im Revisionsbericht angeführt waren. In der Erklärung des Finanzministers wird weiter die Mitteilung, daß Herr Dr. Scheiner über den Revisionsbericht vertrauliche Mitteilungen erhielt, bestritten. In der Erklärung des Finanzministers wird nämlich behauptet, daß das Revisionsergebnis der „Bohemia“-Bank dem Vizepräsidenten des Verwaltungsrates Dr. Scheiner am 1. Febr. 1922 mit der Bitte, es dem Verwaltungsrat der Bank zu übermitteln, mitgeteilt wurde.

Ich konstatiere, daß zur Zeit, da Herr Dr. Scheiner noch Vizevorsitzender der Bank war, weder der alte Verwaltungsrat, noch der neue Verwaltungsrat der Bank von dem Revisionsergebnis verständigt wurde.

Das bedeutet, daß diese Mitteilung in völlig vertraulicher Weise zu privaten Zwecken dem Dr. Scheiner mitgeteilt wurde und daß das Revisionsergebnis nicht so behandelt wurde, wie es in jeder ordentlichen Aktiengesellschaft behandelt werden soll. Der Herr Dr. Scheiner hatte die Pflicht, den Verwaltungsrat zu informieren, er tat dies nicht und schiebt nun die Schuld auf andere. Es ist schließlich Sache der Herren aus der tschechischen Sozialdemokratie, wenn sie es für gut befinden, heute die Schuld von einer Person auf die andere zu schieben.

Es handelt sich um eine Irreführung der Öffentlichkeit. Wenn ein Verzeichnis an die Sparkassen geschickt wurde, in dem die „Bohemia“-Bank gelistet war, so war dies eine deutliche Weisung für die Sparkassen, bei der „Bohemia“-Bank keine Einlagen mehr vorzunehmen.

Abg. Stavin: Das gehört alles nicht hierher! Bleiben Sie bei Ihrer Sache!

Abg. Kubicek (fortfahrend): Kollege Stavin ruft mir zu, bei meiner Sache zu bleiben. Ich will hierzu folgendes sagen: Es geht heute eine große Industriekrise über Europa und unsere Republik, welche das gesamte Wirtschaftsleben und auch die Banken erfährt hat (Zwischenruf: Auch den Kubicek, Heiterkeit!). Der Fall der Bank Bohemia ist nicht der einzige. Ich bin eine besonders starken Angriffen ausgesetzte Person.

Ich konstatiere, daß bei der Revision der „Bohemia“-Bank eine ganze Reihe von Tatsachen zutage trat, welche zu verschiedenen Untersuchungen führen könnten. Ebenso kam man bei der Untersuchung der Verhältnisse in der letzten Julage trat, welche zu verschiedenen Untersuchungen gegen einzelne Personen führen sollten und dennoch wird gegen niemanden eingeschritten.

Abg. Kreibitz: Alle können nicht eingeschperrt werden, da wäre die „Bäckerei“ hin. (Widerstand bei den tschechischen Parteien, die Abg. Zeman ruft: Das ist aber eine Fröhlichkeit!)

Der Vorsitzende Tomasek ruft den Abg. Kreibitz zur Ordnung.

Abg. Kubicek erklärt weiter, daß er das Ergebnis der Untersuchung mit ruhigem Gewissen erwarten werde, weil im Strafverfahren eine festgestellte werden kann, daß es nicht möglich ist, durch seine (des Abg. Kubicek) Schuld könnten in einigen Monaten der Bank große Schäden entstanden sein. Zum Schluß erklärt er, er werde ganz zufrieden sein, wenn seine Auslieferung und das Strafverfahren dazu dienen würde, daß im Wirtschaftsleben ruhigere, bessere Zeiten, als die heutigen, entstünden.

Wie die Nationaldemokraten die Gewerkepartei hereinlegen wollten.

Abg. Rajwan (tsch. Gew. Part.) reagiert auf die Ausführungen des Finanzministers im Senat und im Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses. Er sagt, daß das Finanzministerium seiner Partei die „Aupčeka banka“ zum Kauf angeboten habe, obwohl diese sich in einem sehr zerrütteten und finanziell ruinierten Zustand befand und

Dienstag — der deutsche Vorschlag.

schon kurze Zeit nach diesem Anbot auf 10 Prozent ausglich. Redner hält die Behauptung, daß man der tschechischen Gewerkschaft die Mährisch-Schlesische Bank an den Hals hängen wollte, unrichtig und sagt:

Dr. Budinsky hat erklärt, er komme im Namen des Finanzministeriums und empfehle der tschechischen Gewerkschaft die Beteiligung an der „Mährisch-Schlesischen“ Bank. Daß Dr. Budinsky nur im Auftrage des Finanzministers gekommen sein kann, beweist auch der Umstand, daß ausschließlich das Finanzministerium von dem Geheiß der tschechischen Gewerkschaft um Bewilligung der Errichtung einer Bank wußte. Als die Aktion mit der „Mährisch-Schlesischen Bank“ nicht gelang, dann erst hat das Finanzministerium die Erlaubnis zur Errichtung einer Bank der tschechischen Gewerkschaft erteilt.

Becka verteidigt seinen Parteifreund Scheiner.

Finanzminister Jng. Becka erklärt gegenüber den Behauptungen des Abg. Dr. Kubicek, daß man eine Bilanz nicht auf so beliebige Weise zusammenstellen könne, wie Dr. Kubicek meint. In dem Revisionsbericht wurde angeführt, daß immobile Posten in der Höhe von 24 Millionen vorhanden sind. Der Minister erläutert sodann das Vorgehen der Revisionskommission bei der Bilanzfeststellung. Die Verluste beziffert er neuerdings mit 19.663.000 Kronen. Es sei zu sehen, daß die Revision sorgfältig durchgeführt wurde, weil sie auch bisher noch nicht zutage getretene Verluste angeführt hat. Der Finanzminister erinnert daran, daß von den 19 Millionen, bevor sie ins Defizit eingerechnet wurden, noch die in der Bilanz ausgewiesenen Reserven abgezogen wurden. Diese Reserven waren in dem Bilanzbericht von 1921 enthalten, welcher von der Generalversammlung genehmigt wurde. Der Minister versucht dann, zu beweisen, daß zu der Zeit, da die Regierung die Erhöhung des Aktienkapitals bewilligte, die „Bohemia“ Bank aktiv war.

Was die Ausführungen des Abg. Rajman anlangt, beharrt der Minister bei seinen Ausführungen im Budgetausschuß. Er habe öffentlich gesprochen und von seinen Angaben lasse sich nicht wegdiskutieren (!).

Was die Behauptungen des Abg. Kubicek anlangt, daß die die Bank betreffenden Akten einer Privatperson und nicht dem Verwaltungsrate der Bank übergeben wurden, konstatiert der Minister, daß der Befund des Bankamtes dem Dr. Scheiner übergeben wurde, weil dieser ihn als Rechtsvertreter der Bank Bohemia verlangte und als Rechtsvertreter der Bank Bohemia auch erhielt. (Zwischenruf: Vizevorsitzender und Advokat zugleich! Das ist ein Skandal! Eine feine Wirtschaft! Freunderwirtschaft! u. a., Lärm!) Was die weitere Behauptung anlangt, daß dem Verwaltungsrate der Bank das Revisionsergebnis nicht mitgeteilt wurde, weiß der Minister nicht, ob der Revisionsbericht dem Dr. Kubicek bekanntgegeben wurde. Aber in der Sitzung des Verwaltungsrates vom 13. Februar 1922, in der der Vorsitzende, der Vizevorsitzende, sechs Verwaltungsräte, zwei Aufsichtsräte und zwei Direktoren anwesend waren, wurde das Revisionsergebnis bekanntgegeben. Als Herr Dr. Kubicek Vorsitzender wurde, hätte er sich kümmern müssen, dies zu erfahren.

Dr. Kubicek gegen — die Verheimlichung von Gewinnen.

Als nunmehr Dr. Kubicek neuerlich die Rednertribüne bestieg, ertönen Rufe: „Dann kann wieder die Livnobank zum Wort kommen.“ Abg. Dr. Kubicek erklärt, daß der Finanzminister eingestanden habe, daß aus dem Revisionsbericht hervorgehe, ein Verlust von 20 Millionen Kronen, wozu noch das Aktienkapital von 25 Millionen Kronen komme. Wenn der Finanzminister von geheimen und stillen Reserven spricht, so erklärt Redner nur eine Verrechnung zu kennen und zwar die öffentliche. Es ist nicht möglich, daß der Finanzminister das Verstecken von Gewinnen und Verheimlichen von steuerpflichtigen Posten verteidige. (Lärm bei den tschechischen Sozialdemokraten!) Was die zweite Frage anlangt, daß im Verwaltungsrate über den Stand der Bank referiert wurde, konstatiert Redner, daß er selbst alle Protokolle des Verwaltungsrates gelesen habe und daß er in diesen Protokollen nichts vorfand, was die Behauptung des Finanzministers rechtfertigen könnte.

Sodann beschließt das Haus einstimmig, den Abg. Dr. Kubicek zweif. Trostbesetzung auszuliefern.

Hierauf werden noch die Finanzangelegenheiten der Abg. Kubicek (slow. Volkspartei), der ausgeliefert wird und des Abg. Kovdelka (tsch. Soz. Dem.), dessen Auslieferung abgelehnt wird, vom Hause erledigt. Nach der Bornehmung einiger zweier Lesungen wird in erster Lesung der Vertrag über die Freiheit des Transitverkehrs, abgeschlossen in Barcelona am 20. April 1921, genehmigt, und die Sitzung geschlossen.

Nächste Sitzung: Donnerstag, 3. Mai, 1 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung befindet sich u. a. der Handelsvertrag mit Holland.

Die finanzpolitischen Gesetze.

Wie im Abgeordnetenhause verlautet, wird die Regierung unbedingt darauf beharren, den Gesamtkomplex der finanzpolitischen Gesetze noch

Berlin, 27. April. (Eigenbericht.) Das deutsche Angebot dürfte den alliierten Regierungen Dienstag, spätestens Mittwoch nächster Woche überreicht werden. Es ist bereits fertiggestellt und wird morgen dem Reichskabinett zur ersten Beratung vorliegen. Sonntag werden die Besprechungen mit den Parteiführern stattfinden. Die deutsche Regierung bietet in der Note die Zahlung von zwanzig Milliarden Goldmark an, die um eine von bestimmten „Autoritäten“ unter gewissen Voraussetzungen festzusetzende Summe zu vermehren sind, besonders ausführlich werden die Garantien behandelt, zu denen sich Deutschland anheißig macht.

Kapitulationsforderung Poincarés?

Paris, 27. April. (Tsch. P. B.) Der „Matin“ veröffentlicht in besonderer Druck einen Artikel, in welchem es u. a. heißt: Seine Unterhandlungen seien möglich, ohne daß sich Deutschland für besiegt erklärt. Dies habe den Sinn, daß alle Anordnungen, Dekrete und Erordnungen, die bestimmt waren, den Widerstand zu organisieren, annulliert werden, sowie daß alle finanziellen und anderen Maßnahmen, die bestimmt waren, den Streik und die Sabotage zu organisieren, müßten offiziell widerrufen werden. Die Organisationen, die ihren Sitz außerhalb des Ruhrgebietes genommen haben, müßten wieder eingeseht werden. Schließlich müßten die für die Gewalttaten verantwortlichen Urheber vom Deutschen Reich ebenso streng bestraft werden wie von Frankreich. Mit einem Wort: das Reich müsse das normale Leben im Ruhrgebiet in jeder Hinsicht wiederherstellen, das Frankreich auf Grund seines Rechtes befehlt hält, welches ihm zuerkannt worden sei. (Von wem?) Bevor der Reichskanzler Cuno geneigt sei, auf dieser Grundlage nachzugeben, erachte die französische Regierung alle Angebote und Vorschläge als ein Manöver, dem Frankreich nicht den geringsten Wert zuerkennen könne.

Berlin, 27. April. (Eigenbericht.) Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ beschäftigt sich heute mit der unersöhnlichen Haltung der französischen Regierung und bemerkt, daß es einer Kulturkation nicht würdig sei, dem besiegten Gegner solche Bedingungen zu stellen, wie Frankreich sie aufstellt. Wenn man auch nicht glauben dürfe, daß Poincaré alles, was er jetzt erklärt, halten werde, so müsse

in der Frühjahrssession zu erledigen. Es wurde beschlossen, gleichzeitig mit dem Gesetz zum Schutze der Währung, welches belanztlich in der vergangenen Woche dem Senat vorgelegt wurde, das Gesetz über den Handel mit Devisen in Beratung zu ziehen. Der erste Teil dieses Gesetzeswurdes ist bereits fertiggestellt und sieht zum Schutze der Einleger Revisionskörperchaften vor, die die Wirtschaft der Banken kontrollieren sollen.

Die Nachricht, daß Ministerpräsident Svehla Salzburg auf der Rückreise nach Prag bereits passiert hat, wird uns von einer Seite als unzutreffend und verfrüht bezeichnet und es wird erklärt, daß Ministerpräsident Svehla erst am 3. Mai in Prag eintreffen wird, da er über Frankreich zurückreist. Andere Gerüchte wollen wissen, daß Ministerpräsident Svehla bereits in Prag ist und daß sein Aufenthalt von der agrarischen Partei verheimlicht wird. So behaupten insbesondere die tschechischen Nationaldemokraten.

Ein clerikales Memorandum.

In der gestrigen Sitzung des Abgeordnetenklubs der tschechischen Volkspartei erstatteten die Abg. Raudnický und Myslivec Bericht über die letzte Sitzung des Exekutivsausschusses der tschechischen Volkspartei in Böhmen. Nach durchgeführter Debatte wurde beschlossen, alle vorgebrachten Beschwerden, durch Besetze erhärtet, in ein Memorandum aufzuarbeiten, das an den kompetenten Stellen zur Verhandlung vorgelegt werden wird. In der Frage der Aufhebung der Steuerämter beschloß der Klub, sich gegen die Aufhebung der Steuerämter zu stellen, besonders in der gegenwärtigen Zeit, wo die Steuern bisher nicht regelrecht und ordentlich vorgeschrieben sind, wo die Bevölkerung von den Steuerämtern dringend Informationen benötigt und wo eine Steuerreform geplant wird.

Ein Ministerrat über die Bankenkrise.

Dem Ministerrat wurde ein Bericht über die Lage, wie sie infolge der sich zeigenden größeren Abhebung der Einlagen bei einigen Geldinstituten erscheint, vorgelegt. Der Ministerrat stellte fest, daß absolut kein sachlicher Grund zu Befürchtungen wegen der Geldeinlagen vorliegt, weder bei den Banken, noch bei den Sparkassen und Vorschußkassen, denn in den Fällen, wo sich jene erweiterte Abhebung der Einlagen gezeigt hat, handelt es sich durchaus um gesunde und ganz mobile Anstalten. Keine Erfindungen und vielerlei auch Maschinen verbretterischer Individuen, die vorsätzlich Alarm und Mißtrauen zum böhmischen Geldwesen in der Öffentlichkeit verbreiten, sind auch die in Prag kolportierten Gerüchte, als ob der Ministerrat über irgendwelche außerordentliche Maßnahmen zum Schutze der Banken und Geldinstitute beraten würde.

doch angenommen werden, daß Frankreich wahrscheinlich von Deutschland den Verzicht auf den passiven Widerstand als Voraussetzung für Verhandlungen fordern werde. Deutschland dürfe sich dadurch aber nicht einschüchtern lassen. Es müsse durch sein Angebot der ganzen Welt seinen entschiedenen Friedenswillen zeigen und so das moralische Übergewicht über Poincaré gewinnen.

Die Not des deutschen Proletariates.

Berlin, 27. April. (Wolff.) In der gestrigen Sitzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung gab der sozialdemokratische Stadtverordnete Dr. Woske ein ergreifendes Bild von dem Elend in den unteren Schichten der Bevölkerung und im Mittelstande. Die Strolchose sei wieder erwaht. Viele tausende von Kindern litten an dieser schrecklichen Krankheit. Der Hauptgrund dafür sei, daß viele Kinder seit Monaten keine Milch mehr erhalten, weil die Eltern den Preis hierfür nicht bezahlen können. Das Magistratsmitglied Medizinalrat Rabenow, erklärte, daß zwei Drittel der gesamten Magistratsarbeit von der Sorge für die Kinder und alter Leute beherrscht werde. Dazu hat noch das abermalige Ansteigen der Devisenkurse die seit Anfang des Monats beobachtete leichte Aufwärtsbewegung der Großhandelspreise plötzlich verstärkt. Nach den Berechnungen des statistischen Reichsamtes ist die Großhandelsindexziffer von dem 4923fachen des Friedensstandes am 14. April auf das 5738fache oder um 16,5 Prozent am 25. April gestiegen. Die Lebensmittelpreise stiegen in der gleichen Zeit von dem 3694fachen auf das 4481fache oder um 21,3 Prozent. Die Industriestoffe von dem 7221fachen auf das 8089fache oder um 12 Prozent, die Inlandwaren von dem 4568fachen auf das 5141fache und die Einfuhrwaren von dem 6699fachen auf das 8723fache oder um 30,2 Prozent.

Zwanzigtausend Ausgewiesene!

Berlin, 27. April. (Wolff.) Im Landtagsausschuß erklärte der preussische Ministerpräsident Braun, daß bis zum 15. April aus dem abgesetzten Gebiete 3886 Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte und 156 Privatbeamte, zusammen also 4042 Personen, und aus dem neubefreiten Gebiete 816 öffentliche und 26 private Beamte aus dem ganzen besetzten Gebiete, somit zusammen 4884 Personen, ausgewiesen wurden. Rechnet man die Familienangehörigen der Betroffenen hinzu, so kommt man auf rund 20.000 Menschen.

Inland.

Der Chauvinismus der tschechischen sozialistischen Parteien.

Verbot der Plakatierung des Malaustrafes der Prager deutschen sozialdemokratischen Bezirksorganisation.

So wie alle Bezirksorganisationen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei verbot auch die Bezirksorganisation Prag einen Aufruf zur Malfest an die Arbeiter und Angestellten Groß-Prags, der auf Plakaten öffentlich kundgemacht werden sollte. Die Plakatierung dieses Aufrufes ist aber vom Prager Magistrat verboten worden und zwar erklärte der Bürgermeister Groß-Prags, Dr. Baga, der ja auch einer der tschechischen sozialistischen Parteien angehört die Ehre hat, daß die Plakatierungsgesellschaften Eigentum der Stadt sind, daß diese eigenmächtig zu entscheiden hat und verweigerte „aus prinzipiellen Gründen“ die Erlaubnis zur Plakatierung des Aufrufes, der selbstverständlich in deutscher Sprache verfaßt ist.

Die fortgesetzten Verbote von Veröffentlichungen deutscher Plakate in Prag stellen an sich schon einen Skandal dar, der wohl außerhalb der Tschechoslowakei welt und breit nicht seinesgleichen finden dürfte. Der vorliegende Fall ist aber umso beschämender und empörender, als es sich hier um die Plakatierung eines sozialistischen Malaustrafes handelt, die von einem sozialistischen Bürgermeister verboten wurde.

Aber nicht nur die tschechische sozialistische Partei hat durch das von Dr. Baga ausgesprochene Verbot ihr wahres Gesicht enthüllt, sondern auch die tschechische sozialdemokratische Partei hat bei dieser Gelegenheit wieder gezeigt, wie es um ihr sozialdemokratisches Gewissen bestellt ist. Unsere Prager Genossen wendeten sich an den tschechischen sozialdemokratischen Vizebürgermeister von Groß-Prag, Ferdinand Kellner, unter Beilage des zu plakatierenden Malaustrafes, mit dem Ersuchen um Unterstützung ihres Verlangens. Dieses Ersuchen wurde zuerst abgelehnt und als dann unsere Vertrauensmänner bei dem Vizebürgermeister Kellner intervenierten, erklärte er, er habe die Angelegenheit seinem Klub abgetragen, der sie „zur Kenntnis genommen hat.“

Damit ist wohl die Angelegenheit für die tschechischen Sozialdemokraten und für ihre Brüder von der anderen Couleur erledigt und unseren Genossen bleibt nichts anderes als der Rechtsweg übrig, den sie bis zur obersten Instanz führen wollen und der ja zeigen wird, ob der Bürgermeister von Groß-Prag und die anderen ihm gemeinungsverwandten Stadtvertreter überhaupt ein Recht haben, deutsche Plakatierungen zu verbieten. Jedenfalls aber ist es beiden Parteien gelungen, die Bezirksorgan-

isation Prag der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei zu verhindern, den deutschen Arbeitern und Angehörigen dieser Stadt ihren Malaustraf durch öffentlichen Anschlag bekanntzugeben. In dem Aufruf, den wir unten abdrucken, ist auch die Rede von der neuen Internationale, die in wenigen Wochen in Hamburg gegründet werden soll. Die tschechischen Sozialdemokraten rufen zu dem internationalen Kongreß, indem sie es der deutschen Bruderpartei unmöglich machen, durch öffentliche Auftritte zu den deutschen Arbeitern zu sprechen. Jeter und Nordis würden die tschechischen sozialistischen Parteien schreien, wenn ihnen anderswo, beispielsweise in Wien, die Plakatierung von Mitteilungen in ihrer Muttersprache verboten würde. Die Mitwirkung an solchen nationalistischen und unsozialistischen Taten bleibt aber eben nur ein Privileg der tschechischen Sozialdemokratie, die in diesem Punkte eines Sinns mit der tschechoslowakischen sozialistischen Partei ist.

Wir veröffentlichen im nachstehenden den Inhalt des Aufrufes, dessen Plakatierung der Bezirksorganisation Prag verboten wurde:

An die Arbeiter und Angestellten Groß-Prags!

Am 1. Mai, dem Weltfeiertag des Proletariats aller Länder, werden auch die deutschen Arbeiter und Angestellten in Groß-Prag für die Forderungen des Sozialismus demonstrieren. Gestrichelt denn je muß in diesem Jahre der erste Mai gefeiert werden, wo doch in wenigen Wochen in Hamburg die Vertreter der sozialistischen Parteien aller Länder zusammenzutreten werden, um eine neue Internationale gegen Ausbeutung, Reaktion und Militarismus zu schmieden. Am 1. Mai manifestieren wir für die Forderungen der arbeitenden Menschheit, für die sozialistischen Ideale, und wer sich zu ihnen bekennet, erscheine in der öffentlichen Volksversammlung, die am 1. Mai um zehn Uhr vormittags im großen Uranisaale, Prager 11, Smetky 22, stattfindet. Tagesordnung: Der erste Mai und der Kampf für den Sozialismus. Referenzen: Die Abgeordneten: Genosse Rudolf Fischer und Genossin Maria Deutsch.

Bezirksorganisation Prag, der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik.

Die Verstaatlichung der Karlsbader Sicherheitswache. Geradezu überraschend traf gestern in Karlsbad die Mitteilung ein, daß die Sicherheitswache von Karlsbad, Fischern, Drahowitz und Donitz mit Gültigkeit ab 1. Mai verstaatlicht wird. Der Stand der staatlichen Sicherheitswache beträgt 130 Mann, von denen 100 Stellen infirmiert sein werden. Von der bisherigen Polizeimannschaft werden von Fischern 16, von Drahowitz 4, von Donitz 2 und von Karlsbad 60 Wacheleute übernommen. Der Karlsbader Polizeidirektor soll, wie verlautet, nicht übernommen werden. Der Leiter des staatlichen Polizeikommissariates, Polizeirat Hotova, ist bereits in Karlsbad eingetroffen. Das städtische Meldeamt bleibt bis 30. September in städtischer Verwaltung.

Ausland.

„Kulturarbeit“ der Faschisten. Der Unterrichtsminister hat die Schulbehörden beauftragt, Schulklassen die weniger als zwanzig Schüler zählen, zu schließen. — Man begreift diesen Erlaß vollkommen. Denn eine der Voraussetzungen für Aufblühen und Bestand des Faschismus ist, daß die erschreckende Zahl Analphabeten Italiens unvermindert bleibt. D. Red.

Finanzielle Schwierigkeiten der chinesischen Regierung. Wie Reuter aus Peking meldet, sind die finanziellen Schwierigkeiten der chinesischen Regierung größer denn je. Die Bemühungen, von einem Konsortium einen Vorschlag von zwölf Millionen Dollars zu erhalten, seien gescheitert. Weiter heißt es, China sei nicht imstande, die jetzt fällige japanische Anleihe zu bezahlen. Infolgedessen seien die Japaner berechtigt, die Kontrolle über die Telephon- und Telegraphenlinien zu übernehmen, für die die Anleihe gewährt worden war. Es verlautet, daß sie nicht beabsichtigen, dieses Recht augenblicklich auszuüben. — Aus Canton wird berichtet: Die Truppen aus Kwangsi seien geschlagen und flüchten nach allen Richtungen. Die Truppen von Sunjatsen haben die Verfolgung eingestellt und rücken jetzt in das Hauptquartier des Generals Jung-Fang-Fing, eines der Hauptgegner Sunjatsens.

Koalition der Rechten und des Zentrums in Polen.

Warschau, 27. April. Die zwei internationaldemokratischen Klubs, und zwar der Zwag lidowo-narodny und Krestanska narodna strana haben gestern die Bildung eines neuen Blocks mit der Piastpartei beschlossen. Die Parteien werden nunmehr zur Bildung einer dauerhaften parlamentarischen Regierung schreiten. Nach der Finalisierung des Paktes der drei Parteien, welche die parlamentarische Mehrheit repräsentieren werden, werden diese den Sejmarschall ersuchen, dem Ministerpräsidenten Sikorski die Umgruppierung der parlamentarischen Kräfte mitzuteilen.

Kabinettsbildung in S H S durch Davidovic.

Belgrad, 27. April. Nachdem Pajitsch die Forderungen der Demokraten abgelehnt hatte, betraute der König den Führer der Demokraten, Davidovic mit der Bildung des neuen Kabinetts.

Kleine Chronik.

Ein portugiesischer Postdampfer gestrandet.

London, 26. April. Reuters meldet aus Kapstadt: Der portugiesische Dampfer „Rossamedes“ hat funktentelegraphisch mitgeteilt, er sei an der Küste von Südwesafrika bei Kap Friso gestrandet. Ein australischer Dampfer stellte bei Eintreffen an der Unfallstelle fest, daß das gestrandete Schiff verlassen war. Von den Passagieren und der Besatzung des untergegangenen portugiesischen Postdampfers „Rossamedes“, zusammen 237 Personen, war keine Spur zu entdecken, ebensowenig von treibenden Booten. Das australische Schiff setzte seine Nachforschungen fort.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Vertragsabschluss in der Elektroindustrie. Sowohl in den Metallbetrieben als auch die Arbeiter der Nordböhmischen Elektrizitätswerke in Bodenbach und Türmitz und die Firma Siemens in Turn und Oberleutendorf vertraglos. Von Seiten des Internationalen Metallarbeiterverbandes wurden den Firmen neue Vertragsentwürfe übermittelt. Nach Ueberwindung großer Schwierigkeiten kam es zu Verhandlungen, welche am 25. April 1923 abgeschlossen werden konnten. Es wurde für die beiden Firmen ein einheitlicher Lohnvertrag vereinbart, durch den mit einer größeren Anzahl von Arbeitern eine Lohnverbesserung durchgesetzt wurde. Alle anderen im früheren Verträge enthaltenen Bestimmungen bleiben unverändert. Diese Vereinbarung gilt rückwirkend ab 1. April und kann erst am 1. Juli einmonatig gekündigt werden. Ferner wurde zwischen den Firmen und dem Betriebsausschuss vereinbart, daß die Bestimmungen des bestehenden Rahmenvertrages für die Dauer der Lohnvereinbarung oder bis zu dem Zeitpunkt, wo zwischen dem Internationalen Metallarbeiterverband und dem Metall-Industriellenverband in Teplitz ein neuer Rahmenvertrag abgeschlossen wird, in Kraft bleiben.

Was Großbanken im Krisenjahr verdienen. Die Direktion der Böhmisches Unionbank legte in der gestrigen Verwaltungsratsitzung den Rechnungsabschluss für das Jahr 1922 vor. Die Bilanz weist einschließlich des Gewinnvortrages vom Vorjahre nach Abzug der Verwaltungsausgaben, Steuern usw. einen Reingewinn von 3.090.400 Kronen (und 34 Heller), gegenüber 26.486.102 Kronen im Vorjahre aus. Der Verwaltungsrat beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, eine 14prozentige Dividende auszugeben. Wie man sieht, hat das abgelaufene Krisenjahr nicht nur der Jivno-Bečla-Banka, sondern auch der deutschen Böhmisches Unionbank gut angefallen.

Aussperrung in Oesterreich wegen eines Solidaritätsaktes für die Nestomitzer Streikenden. Die Sodafabrik in Ebensee (Oberösterreich) wurde Dienstag gesperrt und sämtliche 400 Arbeiter entlassen. Als Ursache der Aussperrung dient der Beschluß einer Betriebsversammlung der Arbeiterchaft, in den Streik zu treten, wenn achtzehn entlassene Arbeiter nicht wieder aufgenommen würden, die sich in Durchführung der passiven Resistenz als Sympathieumgebung für die im schweren Lohnkampf stehenden chemischen Arbeiter in Böhmen gewirkt haben, Soda für die chemischen Werke in Nestomitz zu fördern oder dorthin zu verladen.

Deutsch-russische Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen. Wie der Berliner „Volkswirtschaft“ mitteilt, wurde in der am Donnerstag abgehaltenen Vorstandssitzung des Reichverbandes der deutschen Industrie ein Bericht über die Verhandlungen erlassen, die mit Rußland über ein großzügiges Wirtschaftsabkommen eingeleitet sind. Näheres könne darüber noch nicht gesagt werden.

Stagnation in der polnischen Rohölproduktion. Auf dem Warschauer Rohölmarkt herrscht seit einigen Wochen eine empfindliche Stagnation, welche einen Preisrückgang des Rohöls zur Folge hatte. Der Rohölpreis, der im März 740 Mark pro 1 Kilogramm erreichte, beträgt gegenwärtig kaum 610 Mark. Die Stagnation und der Preisrückgang werden vor allem mit dem Erlöschen des polnisch-tschechischen Rastabkommens in Zusammenhang gebracht.

Lohnbewegung in der Lodzer Textilindustrie. Die Arbeiterschaft verschiedener Zweige der Lodzer Textilindustrie stellte Forderungen nach 35- bis 100prozentiger Lohnverbesserung.

Vor einem neuen Lohnkampf der englischen Bergarbeiter. In der englischen Kohlenbergwerksindustrie ist eine ernste Lage entstanden. Die Gewerkschaft der Bergarbeiter stellte Lohnforderungen. Auf einer gestern abgehaltenen Besprechung haben die Unternehmer zugestimmt, den Mindestlohn bis zu einem Betrage hinaufzusetzen, der den Kosten des Lebensbedarfes entspricht; sie haben aber dafür von den Bergarbeitern verlangt, die Zahl der Arbeitsstunden hinaufzusetzen, was diese selbstverständlich verweigerten. Ein allgemeiner Bergarbeiterkongress wird am 23. Mai abgehalten werden, um zu der Lohnfrage Stellung zu nehmen und eventuell Beschlüsse zu fassen.

Die Arbeitslosigkeit in Schweden. Die Zahl der Arbeitslosen in Schweden betrug am 31. März 43.400 gegen 49.200 Ende Februar. Während der ersten drei Monate ds. Jrs. hat Schweden 8,5 Millionen Kronen für die Arbeitslosen ausgeben.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	Schlo. Frank 16,37-50
Berlin	Mark 834,00
Wien	östr. Kr. 2117,00

Prager Kurse am 27. April.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1337.—	1341.—
10.000 Mark	11.12 50	12.12 50
100 belg. Franks	195,25	196,75
100 schwed. Franks	611,75	614,2
1 Pfund Sterling	157,87 50	159,37 50
100 Lire	168,75	170,25
1 Dollar	34,10 00	34,50 00
100 franz. Franks	230,25	231,75
100 Dinar	37,55 10	38,05 00
10.000 ungar. Kronen	60,25 00	64,25 00
10.000 poln. Mark	6,84 00	7,84 00
10.000 östr. Kronen	4,55 00	5,05 00

Züricher Schlusskurse am 27. April.

	Geld	Ware
Paris	37,15 00	37,25 00
London	25,48 00	25,51 00
Berlin	0,01 8 100	0,01 90 00
Mailand	27,05 00	27,15 00
Brüssel	214,75	215,25
Wien	0,00 76 75	0,00 77 25
Budapest	0,10 00	0,11 00
Prag	16,30 00	16,37 50
New York	5,51 00	5,52 00
Warschau	5,60 00	5,67 50
Berlin	0,01 20 00	0,01 30 00
Wien gelb	0,00 00	0,00 00

Der Film.

Vio Sansonci. Ein nicht uninteressanter Reklamofilm, der Bilder aus der Porzellanindustrie zeigt, und das Bathé Journal eröffnet das überaus reichhaltige, wenn auch nicht durchwegs gerade feststehende Programm der nächsten Woche. Ein amerikanischer Zweifakter „Das Schreckensschiff“ weist außer einigen guten Tauchbootaufnahmen wenig Bemerkenswertes auf. Ein sehr leichtes Gesellschaftsdrama heißt — weshalb, bleibt ziemlich dunkel — „Der goldene Galgen“. Der Titel war anscheinend der einzige originelle Einfall des Namens, der dieses goldene Zeug turbeln ließ. Die Wirkung wird dadurch nicht erhöht, daß Miß Du Pont die weibliche Hauptrolle gefüllt hat. Sie hat als jugendlicher Star bessere Tage gesehen! Im Mittelpunkt des Programms oder doch des Interesses der Besucher steht sicherlich die verfilmte Anita Verber. Die Wiedergabe künstlerischer Tänze im Film ist sicher dankenswert und sollte eigentlich nicht als Karikatur im Programm glänzen. Ob es ein brennendes Bedürfnis war, gerade Anita Verber zu filmen, sei dahingestellt. Soweit man aus den wenigen Bruchstücken urteilen kann, geht ihr Können über den Durchschnitt der Tanzkunst, die eben leider noch immer zum großen Teil Balletkunst ist, hinaus, bleibt aber stark hinter den führenden Tänzerinnen der Moderne zurück. Sie hat ungewöhnliche Einfälle und besitzt sicher einen selten schmieglamen und ausdrucksfähigen Körper, dessen Linien- und Lichterspiel wiederzugeben, der Film noch nicht ganz ausreicht. Zu wünschen wäre größere Deutlichkeit der Photographie und eine reichere Auswahl von Tanzbildern. — Der Geigenhummorist Herbert bringt neue, gelungene Musikstücke. —ol.

Theater und Kunst.

„Der Traum ein Leben“ von Grillparzer. Heute, halb 3 Uhr nachm. Urania-Klassikervorstellung. Neues Deutsches Theater. Spielleitung: Dr. Leopold Kramer. Einl. Worte: Prof. Dr. Oskar Frankl. Restl. Karten ab 2 Uhr an der Theaterkasse.

Neues Theater. Heute, halb 3 Uhr, Urania-Klassikervorstellung, das neuinszenierte Grillparzer'sche Märchen drama „Der Traum ein Leben“, halb 8 Uhr Gastspiel Kramer „Der Widerspenstigen Zähmung“; Sonntag, 5 Uhr, Gastspiel Leswja-Fischer „Die Reiterkinder von Rürnberg“; Montag Raiffeisterfeier der deutschen Arbeitererschaft „Die Eugenotten“.

Kleine Bühne. Heute, Samstag, und morgen, Sonntag, halb 3 Uhr, Gastspiel Progan „Einzel“; Sonntag, 7 Uhr, zum 25. Male „Die kleine Sinderin“.

Aus der Partei.

Traget das Parteiabzeichen!
Jeder Parteigenosse und jede Parteigenossin soll das Parteiabzeichen tragen. Das Abzeichen ist schon ausgetastet und in Silberemail angefertigt. Der Verkaufspreis beträgt 3 Kronen per Stück, Broschen für Frauen kosten 4 Kronen per Stück. Bestellungen sind an das Sekretariat der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Teplitz-Schönau, Seilerstraße 1, zu richten.

An die Prager Genossen! — Wichtige Mitteilungen für die Raiffeister!

Die Festvorstellung im Neuen Deutschen Theater, Meyers große Oper „Die Eugenotten“, am Vorabend des 1. Mai, beginnt nicht, wie irrtümlich angegeben, um halb 8 Uhr, sondern bereits um 7 Uhr abends. Die Theaterbesucher werden gebeten, rechtzeitig zu erscheinen.
Am 1. Mai nachmittags findet ein Ausflug nach Klado-Strödechov statt, um gemeinsam mit

Kuh & Kretsch
Likörfabrik 1476
Teplitz-Schönau.

den Kladoer Genossen die Raiffeister zu begehen. Programm: Festversammlung, Vorträge; Abfahrt vom Masarykbahnhof um 14.20, Rückfahrt erfolgt um 20.44 Uhr. Die Genossen werden gebeten, sich an diesem Ausflug zahlreich mit ihren Familien zu beteiligen.

Bezirkskonferenz Znaim. Die Bezirksorganisation Znaim beruft für Sonntag, den 6. Mai, halb 10 Uhr vormittags, nach Znaim, Köhlers Gasthaus (Zalispah), die ordentliche Bezirkskonferenz mit nachfolgender Tagesordnung ein: Berichte, Organisationsangelegenheiten, Presse, Remuneration und Eventuelles.

Bereinsnachrichten.

Urania.
Heute, halb 3 Uhr nachm. „Der Traum ein Leben“ von Grillparzer. Urania-Klassikervorstellung. Neues Deutsches Theater. Ab 2 Uhr: Restliche Karten an der Theaterkasse.

„Turanthemen und die neuesten Ausgrabungen“ mit zahlreichen Lichtbildern. Ing. Fritz Wilfort. Wien. Montag, den 30., 8 Uhr. Der Entdecker des Grabes, Lord Carnarvon, büßte dabei sein Leben ein, was er aus Tageslicht brachte, sind unermessliche Schätze an Reichtum, Schönheit und hoher Kultur. Karten 12—6, Mitgl. 10—4 K.

Konzert: Prof. Burbaum-Wien (Cello); Prof. Franz Sanger (Klavier). Mittwoch, den 2. Mai, 8 Uhr. Das Programm: Prof. Burbaum: Probens: Sonate F-Dur, Op. 90; Reger: Suite für Solovioloncello D-Moll, Op. 131; Anton Dvorak: Op. 94; Davidoff: „Am Springbrunnen“. Prof. C. Brahms: Intermezzo B-Moll 117; Scherzo G-Moll, D. 4. Karten 12—6, Mitgl. 10—4 K. 1906

Verantwortl. Redakteur: Dr. Emil Strauß.
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag.
Für den Druck verantwortlich: C. Holik.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Verehrte Hausfrau!



Beim Einkaufe von Fleisch, Mehl, Fett und anderen Nahrungsmitteln achten Sie gewiß darauf, nur das Beste zu kaufen. An diesem Grundsatz halten Sie auch beim Einkaufe von Suppenwürze fest und verlangen Sie daher stets nur die Marke:

„GRAF“
in Originalflaschen!

Durch Vergleich
mit anderen Suppenwürzen werden Sie feststellen:
eine größere **Ausgiebigkeit,**
einen feinen und unauffälligen **Geruch,**
einen angenehmen und nicht hervortretenden **Geschmack,**
eine unbegrenzte **Haltbarkeit.**

GRAF'S SUPPENWÜRZE
hinterläßt in den Flaschen kalorienal Satz.

1585

Ein neues Kochbuch erhält jede Hausfrau kostenlos und portofrei zugesandt, die ihre Adresse der „Centra“, Alt-Gej., Tetschen a. E., mitteilt. 1596

STEMPEL

F. CHMEL

Prag II., Nekazanka 18.

Stadt- und Dorfgemeinde fordern

die Beantwortung einer Umfrage von Verwaltungsträgern. **Roada Taschenbuch für Kommunalpolitiker** bietet sich Ihnen auf diesem Gebiete als Führer an. Bestellen Sie noch heute durch Postkarte bei der

Buchhandlung Freiheit
Teplitz-Schönau
Terešengasse 18.

In einer Stunde

Das Weltall
Philosophie
Geschichte
Anfangsgeschichte
Wissenschaft
Deutsche Literatur
Physik, Chemie

Führer von bekannten Autoren wie Bürgel, Schottler, Klambund, Kaffar-Gohn u. a. — Jeder Band gebunden Kc 1.00. Zu beziehen durch die Buchhandlung Freiheit, Teplitz-Schönau, Terešengasse 18.

Berson

ist und bleibt stets

die Qualitätsmarke



Verlangen Sie von Ihrem Schuhmacher das Anbringen von **Berson Gummi-Absätzen** und **Gummi-Sohlen**

Berson schon die Schuhe.
ist billiger und dauerhafter
als Leder

Böhmische Union-Bank

Die Herren Aktionäre der **Böhmischen Union-Bank** werden hiermit zur

31. ord. Generalversammlung

welche am **15. Mai 1923** um halb 12 Uhr vormittags in Prag, im Sitzungssaal der Bank, Graben Nr. 31, im I. Stock stattfinden wird, eingeladen.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Verwaltungsrates und Vorlage der Bilanz per 31. Dezember 1922.
2. Bericht des Revisions-Ausschusses und Beschlußfassung hierüber.
3. Beschlußfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
4. Statutenänderungen.
5. Wahl in den Verwaltungsrat.
6. Wahl des Revisions-Ausschusses

Die stimmberechtigten Herren Aktionäre, welche an dieser Generalversammlung teilnehmen wollen, haben ihre **Aktien mit Kupon Nummer 43** bis längstens **7 Mai 1923**

bei der Liquidatur der Gesellschaft in Prag oder bei den Filialen der Böhmischen Union-Bank in Asch, Braunau i. B., Brünn, Freiwaldau, Friedek-Mistek i. Schl., Gablonz a. N., Graslitz, Hohenelbe, Jägerndorf, Karlsbad, Königinnhof a. E., Marienbad, Mähr.-Ostrau, Mähr.-Schönberg, Neutitschein, Olmütz, Proßnitz, Reichenberg, Rumburg, Saaz, Troppau, Trautenau und bei unserer Kommandite Rosenfeld & Co., Wien I., Rathausstraße 20

arithmetisch geordnet und konsigniert zu hinterlegen und dagegen die Legitimationskarten in Empfang zu nehmen.

PRAG, am 27. April 1923.

Der Verwaltungsrat.

(Nachdruck wird nicht honoriert.)

1597